

**03.12.2013**

**Niederschrift**

---

**Natur- und Umweltausschuss**

am 11.11.2013 | Kreishaus Unna | Freiherr-vom-Stein-Saal II/III | Friedrich-Ebert-Straße  
17 | 59425 Unna

**Beginn** 16:00 Uhr

**Ende** 17:35 Uhr

**Anwesend:**

**Vorsitzender**

Herr Walter Teumert

**Kreistagmitglieder SPD**

Herr Jürgen Kerl

Frau Ingrid Kroll

Herr Sascha Kudella

Frau Simone Symma

Herr Herbert Ziegenbein

**Sachkundige Bürger/innen SPD**

Herr Heinrich Behrens

Herr Norbert Enters

Herr Michael Thews

anwesend ab 16.15 Uhr

**Kreistagmitglieder CDU**

Herr Michael Dobrowolski

Herr Peter Dörner

Herr Dipl. Ing. Wilfried Feldmann

Frau Claudia Gebhard

Frau Elke Middendorf

**Sachkundige Bürger/innen CDU**

Herr Martin Heiermann

**Kreistagmitglieder BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Frau Gudrun Bürhaus

**Kreistagmitglieder FDP**

Herr Andreas Wette

**Sachkundige Bürger/innen FDP**

Herr Hans-Jürgen Allendörfer

**Kreistagmitglieder DIE LINKE.**

Frau Jana Müller-Simdorn

**Kreistagmitglieder FWG**

Herr Helmut Stalz

## **Kreistagmitglieder GFL**

Herr Dr. Matthias Laarmann

## **Verwaltung**

Herr Dr. Detlef Timpe, Dezernent

Herr Ludwig Holzbeck, Fachbereichsleiter

Frau Birgit Scholz, Schriftführerin

Herr Teumert begrüßt die anwesenden Damen und Herren und eröffnet die Sitzung. Er stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Punkt 5 soll aufgrund von Gesprächsbedarf mit der Kreisstadt Unna von der Tagesordnung der heutigen Sitzung abgesetzt werden. Der Ausschuss erklärt sich damit einverstanden. Herr Teumert stellt Frau Bosselmann aus dem Fachbereich Natur und Umwelt, federführend für die Abfallgebührenberechnung zuständig sowie Herrn Busch aus dem Fachbereich Bauen, Leiter des Sachgebietes 60.2 - Unterhaltung, Neubau und Erweiterung von Verkehrsflächen, vor. Weitere Änderungen oder Ergänzungen in der Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

## **Tagesordnung:**

### Öffentlicher Teil

- |                |        |  |
|----------------|--------|--|
| <b>Punkt 1</b> |        | Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner   |
| <b>Punkt 2</b> | 164/13 | Produktorientierter Haushalt 2014 - Budget Natur und Umwelt  |
| <b>Punkt 3</b> | 162/13 | 14. Änderungssatzung zur Vierten Abfallgebührensatzung des Kreises Unna vom 07.12.1998 (14. ÄS) - Festlegung der Abfallgebührensätze des Jahres 2014 |
| <b>Punkt 4</b> | 163/13 | 6. Änderungssatzung zur Satzung über die Entsorgung von Abfällen im Kreis Unna vom 13.12.1999  |
| <b>Punkt 5</b> |        | Übertragung des Ausgleichsflächenmanagements der Kreisstadt Unna auf den Kreis Unna  |
| <b>Punkt 6</b> | 186/13 | Radweg auf stillgelegter Bahntrasse Königsborn-Welver;<br>Entscheidung über die Bauweise   |
| <b>Punkt 7</b> |        | Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen   |

## Nichtöffentlicher Teil

**Punkt 8** 159/13 Grunderwerb zum Zwecke des Naturschutzes in Unna

**Punkt 9** Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

## Öffentlicher Teil

**Punkt 1 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner**

Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern ergeben sich nicht.

**Punkt 2 164/13 Produktorientierter Haushalt 2014 - Budget Natur und Umwelt**

### Erörterung

Herr Dr. Timpe weist auf Seite 5 des vorliegenden Budgets für den Fachbereich Natur und Umwelt hin. Der letzten Zeile auf Seite 5, Ziffer 290, könne man entnehmen, dass der Entwurf 2014 mit einer Ergebnisverbesserung von knapp 350.000 Euro abschlieÙe.

Des Weiteren erinnert Herr Dr. Timpe an die in der letzten Sitzung angesprochene Nachhaltigkeitsstrategie. Hieran solle im kommenden Jahr intensiv weitergearbeitet werden. Eine Fortsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie hänge von einer Anschlussförderung ab, die aber derzeit noch nicht gesichert sei.

Die in der Zeile 021 auf Seite 5 des Budgets Natur und Umwelt fehlende Summe von über 500.000 Euro sei der Finanzertrag aus der Rücklage des Kreises Unna für die langfristigen Nachsorgekosten der Zentraldeponie in Fröndenberg-Ostbüren, so Herr Dr. Timpe. Der Sparbrief werde, terminiert für 2013, zusammen mit der Nachsorgeverpflichtung, an die Gesellschaft für Wertstoff- und Abfallwirtschaft Kreis Unna mbH (GWA) abgegeben. Somit entfalle die entsprechende Ertragsposition.

Herr Dr. Timpe verweist auf Seite 15 des Budgets und erörtert, dass der Betriebskostenzuschuss für das Umweltzentrum Westfalen GmbH mit 180.000 Euro, statt wie bisher mit 150.000 Euro, veranschlagt worden sei. Die Begründung hierfür liege nicht in der Inbetriebnahme des Gästehauses, denn intern bringe das Gästehaus zusätzliche Erträge von rund 12.000 Euro. Bemerkbar mache sich vielmehr, dass nur begrenzt Möglichkeiten bestünden, bei Aufrechterhaltung des derzeitigen Leistungsangebotes, den steigenden Personal- und Gebäudebetriebskosten diese über höhere Entgelte bzw. rationelleres Arbeiten zu kompensieren. Es bestehe ein Liquiditätsproblem, das in 2014 gelöst werden müsse, so Herr Dr. Timpe. Der Regionalverband Ruhr (RVR) habe für 2014 zunächst eine einmalige Erhöhung seiner Gesellschafterzahlung beschlossen.

Abschließend weist er darauf hin, dass der Kreis Unna aufgrund neuer rechtlicher Bestimmungen dazu verpflichtet sei, ab 2014 Umweltinspektionen von Betrieben durchzuführen. Dies sei eine Pflicht- und keine freiwillige Aufgabe. Die Verwaltung sehe sich nicht in der Lage, ohne weiteres Personal im Jahr 2014 zusätzliche Aufgaben zu übernehmen. Zusätzliches Personal sei jedoch nicht vorgesehen. Die Verwaltung werde eine Mitteilung an die Bezirksregierung richten, dass die Ausführung nicht im Jahr 2014 erfolgen kann und sie werde sich bemühen, diese Aufgabe im Jahr 2015 qualifiziert zu managen.

Für die SPD-Fraktion sei es wichtig, dass die Einrichtungen, die der Kreis Unna im Budget Natur und Umwelt betreibe, erhalten blieben und gesichert würden, so Frau Symma. Die umweltpolitischen Interessen des Kreises seien hier gut abgebildet, daher trage die SPD-Fraktion diesen Haushalt mit.

Auf Nachfrage von Frau Bürhaus (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) teilt Herr Dr. Timpe mit, dass Betriebsprüfungen in dem bisher klassischen fachlichen Rahmen stattfänden; die geforderten Umweltinspektionen von Betrieben aber faktisch im Jahr 2014 ohne zusätzliches Personal nicht durchgeführt werden könnten.

Herr Feldmann fragt nach, ob es in Bezug auf die Abfallberatung eine Untersuchung oder Statistik gebe, bzw. inwieweit eine erfolgreiche Abfalltrennung/Reduzierung der Abfälle nachweisbar sei.

Herr Dr. Timpe antwortet, dass entsprechende Jahresberichte der Abfallberatung vorlägen. Zwischenzeitlich sei die Abfallberatung zu einer Daueraufgabe gewachsen; das habe mit Um- und Zuzügen zu tun. Innerhalb des Kreisgebietes gebe es auch durchaus Stellen, an denen die Abfalltrennung/-beratung nicht funktioniere und Großsiedlungen, in denen die Einsammlung der Biomülltonne komplett eingestellt worden sei – trotz Abfallberatung. Wenn die Abfallmenge pro Einwohner in die Anfänge der 90er Jahre zurückgerechnet würde, dann könne festgestellt werden, dass es eine deutliche Reduzierung bei der grauen Tonne gegeben habe.

Herr Teumert bietet an, dass bei Interesse ein Bericht der GWA im Ausschuss erfolgen könne. Begonnen habe man mit dem Vorhaben der Abfallreduzierung zur Diskussion um den Standort einer Reststoffdeponie. Es habe damals einen sehr hohen Anteil an Gebühren für die Abfallberatung gegeben. Dieser betrage derzeit höchstens noch ein Drittel. Ein wesentlicher Punkt sei heute, dass Abfallberatung auch in Kindergärten und Schulen stattfinde, damit den Kindern bereits in frühen Jahren die Mülltrennung nähergebracht werde. In der Mai-Sitzung im kommenden Jahr solle dann eine entsprechende Information durch die GWA erfolgen.

Auf Nachfrage von Frau Bürhaus teilt Herr Dr. Timpe mit, dass es bezüglich der Übertragung von Pflichten zur Nachsorge der Zentraldeponie in Fröndenberg-Ostbüren innerhalb der Gremien der GWA gesonderte Beratungen geben werde; ebenso gäbe es auch korrespondierende Beschlussvorlagen.

Herr Holzbeck ergänzt, dass über die Novellierung des Bundesnaturschutzgesetzes die Verpflichtung bestehe, bei sämtlichen Bauvorhaben neben der klassischen Eingriffsbewertung auch eine artenschutzrechtliche Prüfung vorzunehmen. Hier handele es sich beispielsweise um Schwalbennester, die aus abzureißenden Gebäuden entfernt werden müssten. Bisher habe die Verwaltung versucht, diese Aufgaben mit dem vorhandenen Personal umzusetzen. Hier werde auch die Verknüpfung zum Fachpersonal aus der Eingriffsregelung und der Landschaftsplanung genutzt.

Der Förderrahmen für den Bioenergiemanager laufe Mitte nächsten Jahres aus. Hier handele es sich um eine Kofinanzierung von Land und EU. Es lägen noch keine neuen Erkenntnisse über eine Weiterförderung oder sonstige Pläne vor. Es gehe um die individuelle Beratung zur Förderung der energetischen Nutzung der Biomasse und nicht darum, neue Biogasanlagen zu errichten, sondern bei den bestehenden Anlagen das Thema der Energienutzung zu erweitern.

Auf Nachfrage von Herrn Stalz (Gruppe FWG) erörtert Herr Dr. Timpe, dass nicht nur im Umweltbereich eine Tendenz festzustellen sei, dass bestimmte Aufgaben nur mit erheblicher personeller Belastung erledigt werden könnten. Das betreffe beispielsweise die Zuständigkeitsverordnung Umweltschutz. Land und kommunale Spitzenverbände hätten diesbezüglich bereits vor einigen Jahren deutlich über Konnexität gesprochen. Grundsätzlich habe sich hier aber noch nichts geändert; trotz getroffener Regelungen liege keine Kostendeckung vor. Der mit den Aufgaben verbundene Aufwand – Zuständigkeiten, die vom Land an den Kreis über-

gangen seien - decke sich unterm Strich nicht mit den Gebühreneinnahmen sowie der Kostenübernahme durch das Land. Der Zuschussbedarf des gesamten Budgets Natur und Umwelt weise ca. drei Millionen Euro auf. Diese Summe habe der Kreis aufzubringen, um bestimmte, vom Land vorgegebene Aufgaben wahrnehmen zu können.

Der Produkthaushalt 2014, Budget Natur und Umwelt, wird zur Kenntnis genommen.

**Punkt 3    162/13            14. Änderungssatzung zur Vierten Abfallgebührensatzung des Kreises Unna vom 07.12.1998 (14. ÄS) - Festlegung der Abfallgebührensätze des Jahres 2014**

Erörterung

Herr Holzbeck erläutert die Drucksache.

Frau Symma führt aus, dass die in den 90er Jahren getroffene Entscheidung, die Abfallentsorgung in kommunaler Hand zu belassen und sich an der Müllverbrennungsanlage (MVA) in Hamm zu beteiligen, richtig gewesen sei. Dies könne man nicht häufig genug betonen und auch durchaus den Daten dieser Drucksache entnehmen. Die SPD-Fraktion stimme der Drucksache zu.

Beschluss

Dem Kreisausschuss wird empfohlen, dem Kreistag vorzuschlagen, folgenden Beschluss zu fassen:

Die als Anlage 1 beigefügte 14. Änderungssatzung zur Vierten Abfallgebührensatzung des Kreises Unna vom 07.12.1998 (14. ÄS) wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

**Punkt 4    163/13            6. Änderungssatzung zur Satzung über die Entsorgung von Abfällen im Kreis Unna vom 13.12.1999**

Erörterung

Herr Holzbeck erläutert die Drucksache; Nachfragen ergeben sich nicht.

Beschluss

Dem Kreisausschuss wird empfohlen, dem Kreistag vorzuschlagen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Kreistag beschließt die der Drucksache als Anlage 1 beigefügte Änderungssatzung zur Satzung über die Entsorgung von Abfällen im Kreis Unna vom 13.12.1999.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

**Punkt 5** **Übertragung des Ausgleichsflächenmanagements der Kreisstadt Unna auf den Kreis Unna**

Dieser Punkt wird von der Tagesordnung abgesetzt.

**Punkt 6** **186/13** **Radweg auf stillgelegter Bahntrasse Königsborn-Welver; Entscheidung über die Bauweise**

Erörterung

Herr Dr. Timpe verweist auf den Sachbericht der Drucksache und teilt mit, dass der Radweg im Rahmen des Alleenradwegeprogrammes hergerichtet werden sollte. Es seien zwei Bauphasen gebildet worden. In der ersten befinde man sich zurzeit; dabei handele es sich um Reparaturen und Instandsetzungsarbeiten für Durchlässe und Brücken. Über die Bauweise bzw. die zweite Bauphase solle in einem engen zeitlichen Zusammenhang innerhalb der Haushaltsberatungen 2014 diskutiert werden. Die Verwaltung schlage nun mit Blick auf funktionale Vorteile sowie die konkrete Kosten- und Finanzierungssituation die konventionelle Asphalt-Bauweise vor.

Bei dieser Drucksache handele es sich um einen Vorschlag der Verwaltung, so Herr Dr. Laarmann. Ihr könne man entnehmen, dass mit einer Gegenstimme für eine Erhöhung der Unterhaltungskosten gesorgt werde bzw. man zu einem Inklusionsverhinderer werde. Der Landschaftsbeirat sehe das nicht so eindeutig wie die Verwaltung, da er unabhängig sei. Die Verwaltung müsse kostenbewusst denken und planen. Es sollte aber auch eine inhaltliche Bewertung stattfinden. Dabei denke er an Wurzeln, die durch den Asphalt brechen könnten.

Daraufhin antwortet Herr Dr. Timpe, dass die Verwaltung zur Erstellung der Drucksache Sachargumente herangezogen habe. Der Landschaftsbeirat sei eine unabhängige Institution, die der Kreis auch respektiere und schätze. Dass der Landschaftsbeirat nicht die gleiche Ansicht vertrete, sei ihm durchaus bewusst, und das müsse er auch nicht. Er bitte aber darum, so Herr Dr. Timpe, diese Diskussion nicht zu einer Grundsatzfrage zu machen, von der die ökologische Zukunft des Kreises abhängen.

Herr Feldmann (CDU-Fraktion) vermisst einen detaillierten Nachweis bezüglich der Aufwandssumme in Höhe von 730.000 Euro. Er habe diesen Radweg vor kurzem befahren; die dortigen Sträucher seien zurückgeschnitten worden, der Weg sei befahrbar und dort befänden sich einige Pfützen.

Er vertrete die Ansicht, dass auf einem asphaltierten Radweg mobilitätseingeschränkte Menschen zum Beispiel durch Inlinerfahrer behindert würden. Die neuen Wege des Ruhrradweges seien ebenfalls mit einer wassergebundenen Decke versehen worden. Er frage sich an dieser Stelle, aus welchen Gründen das gemacht worden sei.

Hierzu führt Herr Dr. Timpe ein in Fröndenberg asphaltiertes Stück Fuß-/Radweg an, welches hohe Unterhaltungskosten verringert habe. Er sichert Herrn Feldmann bzw. der CDU-Fraktion die Übermittlung entsprechender Daten zu den Kosten zu.

Herr Behrens (SPD-Fraktion) würde nur aus landschaftsästhetischen Gesichtspunkten zu einer wassergebundenen Decke plädieren. Hier müsse aber auch der Aspekt der Nutzungsqualität der Trasse im Blick gehalten werden. Wassergebundene Decken müssten regelmäßig vom Laub befreit werden, da sich ansonsten Schlammflächen oder Wasserpfützen bildeten. Die SPD-Fraktion stimme dieser Drucksache zu.

Für Frau Bürhaus ist die Drucksache nicht nachvollziehbar, sie sei lückenhaft. Wie wichtig der Kreisstadt Unna der Bahndamm sei, sehe man an einer herausgegebenen Broschüre. Es existiere eine Stellungnahme des Umweltausschusses der Kreisstadt Unna vom 19.11.2012. Dort werde die Verwaltung der Kreisstadt Unna aufgefordert, den Kreis Unna zu bitten, das Teilstück nicht zu asphaltieren. Frau Bürhaus bittet, diese Stellungnahme der Niederschrift als Anlage beizufügen. Die angeführten Preise seien unterschiedlich und das sei nicht nachvollziehbar. Ihr sei beim Befahren des Radweges keine Kehrmaschine aufgefallen, die rechtzeitig vor dem Wochenende eine massive Blätterschicht beseitigt hätte. Sie wünsche sich eine nachvollziehbare Aufstellung der Betriebskosten. Des Weiteren habe Herr Landrat Makiolla auf der Klausurtagung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN geäußert, dass eine Entscheidung über die Art des Ausbaus nicht eilig sei und durchaus Beratungszeit bestehe. Frau Bürhaus wünsche sich, dass in der nächsten Sitzung des Natur- und Umweltausschusses unter Vorlage detaillierter Daten beraten würde.

Herrn Dr. Timpe ist die Stellungnahme der Kreisstadt Unna noch nicht bekannt, aber er werde sie der Niederschrift beifügen. In der Drucksache habe die Verwaltung aktuelle Zahlen zugrunde gelegt; sie müssten als Grundlage angewandt werden. Die Verwaltung habe mit dem gelegentlichen Einsatz einer Kehrmaschine kalkuliert, insbesondere in der Herbstzeit. Er habe keine Kenntnis von der Aussage des Landrates bei der Klausurtagung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, aber er werde das innerhalb des Verwaltungsvorstandes klären.

Herr Wette erklärt für die FDP-Fraktion die Zustimmung zur Drucksache. Es müsse unbedingt etwas unternommen werden, um in das Alleinradwegeprogramm zu gelangen. Die FDP-Fraktion schließe sich den Ausführungen von Herrn Behrens an.

Frau Gebhard vertritt hingegen die Ansicht, dass das Vorhaben zu groß sei und der Weg in seiner jetzigen Bauart aufrecht erhalten werden solle. Die Fröndenberger Straße zum Beispiel befinde sich in einem katastrophalen Zustand. Wenn die Instandhaltung von Asphalt so preiswert sei, verstehe sie nicht, warum sich die Straße immer noch in einem derartigen Zustand befinde. Die Qualität würde sich selbstverständlich verbessern, nur sei dann fraglich, wie viele neue Personen den Radweg nutzen würden.

Die Teilabschnitte des Radweges wiesen sehr unterschiedliche Zustände auf, der Weg sei stellenweise sehr bewachsen und ein Ausweichen somit nur sehr schwer möglich, so Herr Teumert. Jetzt bestehe die Möglichkeit, das ganze Teilstück zu einem vernünftigen Radweg auszubauen, gefördert mit Landesmitteln. Wenn diese Maßnahme nicht vollzogen werde, dann könne die Fröndenberger Straße trotzdem nicht saniert werden, zumal der Kreis Unna dafür auch nicht zuständig sei. Hier müsse nun die Entscheidung getroffen werden, ob die vom Land zur Verfügung gestellten Mittel genutzt würden.

Aufgrund von Beratungsbedarf der CDU-Fraktion sowie der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird in der heutigen Sitzung kein Empfehlungsbeschluss getroffen.

**Punkt 7**

**Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen**

**Auswirkungen der Haushaltssperre auf das Budget Natur und Umwelt bzw. die dortigen Tätigkeiten –  
Antwort auf eine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Herr Holzbeck teilt mit, als Folge der Haushaltssperre sei die Erstellung eines Gutachtens über die touristische Nutzung der Lippeaue nicht in Auftrag gegeben worden. Weitere Auswirkungen lägen in geringeren Bereichen und bestimmte Maßnahmen habe die Verwaltung verschoben. Dass die Arbeit des Fachbereiches nicht mehr ausgeführt werden könne, sei nicht gegeben.

Anlagen

Stellungnahme des Umweltausschusses der Kreisstadt Unna vom 20.11.2012

gez. Walter Teumert  
Vorsitzender

gez. Birgit Scholz  
Schriftführerin